

Hamburger Appell

Staatlich verantwortete Weiterbildung vor dem Abgrund - die Politik muss dringend handeln!

Unser Ziel: Nachhaltige Verbesserung der Lage der Lehrenden und der Träger der staatlich verantworteten Weiterbildung, insbesondere der BAMF-finanzierten Sprach- und Integrationskurse für Migrant*innen und Geflüchtete

Aktuelle Situation: gesellschafts- und bildungspolitisch skandalöse Beschäftigungsbedingungen für die fast 20.000 Lehrenden in den Sprach- und Integrationskursen:

Bedingungen der Lehrenden:

Prekär Honorar-Beschäftigte erhalten 41 € pro Unterrichtsstunde (netto ca. 20 €), zahlen ihre gesamten Sozialversicherungsbeiträge selbst, haben kein Einkommen im Krankheitsfall, tragen das volle unternehmerische Risiko – oder

Prekär Angestellte haben meist nur befristete Verträge, arbeiten häufig 40 oder mehr Unterrichtsstunden pro Woche bei Vollzeit, haben keine bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit für den Unterricht, d.h. reale Arbeitszeiten von bis zu 60 Zeitstunden pro Woche, treiben Raubbau an ihrer Gesundheit / Bruttogehalt: oft nicht über 3000 €.

Die aktuelle Corona-geprägte Situation hat die Lage sowohl der Lehrenden als auch der Weiterbildungsbetriebe noch einmal drastisch verschärft. Viele Betriebe haben ihre Rücklagen aufgezehrt. Viele Lehrende sind überschuldet, in Existenznot geraten und müssen sich beruflich umorientieren.

Integration kann aber nur dann gut gelingen, wenn die Weiterbildungsträger in die Lage versetzt werden, menschenwürdige Arbeitsbedingungen anzubieten und in zukunftsfähige Ausstattung zu investieren. Die Pandemiepauschale ist hierfür viel zu niedrig und nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn sich an der Finanzierung der Weiterbildung in den nächsten Monaten nichts ändert, wird ein erheblicher Teil der Träger die Pandemiezeit nicht überleben.

Die politischen Entscheidungsträger sind daher aufgefordert, massiv in eine bessere Finanzierung der Sprach- und Arbeitsintegrationskurse zu investieren. Hierzu gehören auch eine deutliche Verbesserung der Bezüge der Lehrenden und eine verbindliche Obergrenze der wöchentlich zu leistenden Unterrichtsstunden als Voraussetzung für gute Qualität von Weiterbildung.

Wir fordern deshalb von der großen Koalition auf Bundesebene noch für diese Legislatur:

Eine gesetzliche Verbesserung der Bedingungen in der staatlich verantworteten Weiterbildung mit:

1. Bundestariftreuegesetz (nur noch Träger mit Tarifverträgen bekommen Mittel aus der öffentlichen Hand)
–Eingruppierung entsprechend TVöD /Wettbewerb der Träger erfolgt über Qualität, nicht über den Preis
2. Deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen für die Träger - unbefristete Festanstellungen der Lehrenden für Regelaufgaben
3. max. 25 UE (Unterrichtseinheiten zu 45 min) pro Woche bei Vollzeitstelle
4. 64 € Honorar pro UE bei allen bundesweiten Berufssprach- und Integrationskurse; 42 € Honorar für alle übrigen Weiterbildungsangebote
5. Träger werden befähigt, Weiterbildung der Lehrenden und kollegialen Austausch zu finanzieren
6. Innovations-Anschubfinanzierung für nachhaltige digitale Ergänzung der Lehre
7. Durchführung einer Integrationskonferenz Weiterbildung mit den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft, Vertretern der Träger, der Verbände und der Beschäftigten. Ziel: Zukunftspakt Weiterbildung 2020 – 25

QR Code scannen und Hamburger Appell unterzeichnen!

